1509/AB XXII. GP

Eingelangt am 23.04.2004

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Bundesministerium für Inneres

Anfragebeantwortung

Die Abgeordneten zum Nationalrat Parnigoni und GenossInnen haben unter der Nr. 1512/J an den Bundesminister für Inneres eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend "europaweiter Geheimdienst" gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich aufgrund der mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu Frage 1

Wenn man Terror-Anschläge verhindern will, ist ein rechtzeitiges und umfassendes Lagebild über mögliche Gefahren entscheidend. Daher müssen die dafür erforderlichen Informationen auf EU-Ebene besser vernetzt werden. Mit der beim JI-Rat am 19.2.2004 eingebrachten Initiative, sollte der dafür notwendige Diskussionsprozess in der Union in Gang gesetzt werden. Ziel war es, erste Schritte auf dem Weg zur Umsetzung des mittel- bis langfristigen Projekts eines europäischen Nachrichtendienstes zustande zu bringen, vor allem durch eine bessere Koordination und die Einrichtung einer nachrichtendienstlichen Zelle auf EU-Ebene.

Dieses Ziel wurde voll erreicht: In seiner Erklärung vom 25./26.3.2004 unterstreicht der Europäische Rat die Bedeutung einer effizienteren nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit und einer verbesserten Gefahrenabschätzung. Er ruft die Mitgliedstaaten auf, die entsprechenden Kooperationsmechanismen zu verbessern. Gleichzeitig wurde ein Terrorismuskoordinator bestellt, der alle EU-Instrumente im Auge behalten und dem Rat regelmäßig berichten soll.

Zudem unterstützt der ER die Bestrebungen von GS/HV Solana, eine "nachrichtendienstliche Kapazität" für alle Aspekte der terroristischen Bedrohung in das Ratssekretariat einzugliedern. Die österreichische Initiative kann somit als sehr erfolgreich bewertet
werden.

Zu Frage 2

Der Vorschlag wurde beim Rat Justiz und Inneres am 19.2.2004 eingebracht.

Zu Frage 3

Das in den Rat eingebrachte Diskussionspapier hat im generellen Bereich und im Bereich Terrorismus folgenden Wortlaut:

Der Europäische Rat in Brüssel hat am 12.12.2003 die von Generalsekretär Solana vorgelegte Sicherheitsstrategie "Ein sicheres Europa in einer sicheren Welt" angenommen.

Die "Solana-Strategie" basiert auf einer gegenüber dem traditionellen, von militärischen Komponenten dominierten Bedrohungsbild veränderten Wahrnehmung des Sicherheitsumfeldes und der neuen globalen Herausforderungen und Bedrohungen:

Terrorismus, OK, Proliferation von Massenvernichtungswaffen, sind - unterstützt von neuen Technologien - wesentliche Bedrohungen für die Sicherheitsstrukturen der Staaten und damit der Internationalen Ordnung.

Auf dieses geänderte Bedrohungsbild gilt es nunmehr adäquate Antworten zu finden. Gefordert ist die Schaffung neuer, flexibler multidisziplinärer Instrumente, die die Möglichkeiten von Militär, Diplomatie und Innerer Sicherheitsapparate optimal zum tragen bringen. In dieser Aufgabenstellung sind die Innenminister verstärkt in der Diskussion gefordert. Wir müssen uns die Frage stellen, welchen Beitrag wir zur Umsetzung der Schwerpunkte der Solana-Strategie, die mit Terrorismus und OK wesentliche Tätigkeitsfelder unseres Bereiches betreffen, konkret leisten können.

Das vorliegende Papier geht daher systematisch vom jeweiligen strategischen Ansatz des Solana-Papiers aus und versucht jeweils Denkansätze betreffend Überlegungen für konkrete Maßnahmen zu formulieren, die die Arbeit in den entsprechenden Ratsarbeitsgruppen, Art. 36- und JI-Räten für die kommenden Jahre systematischen bestimmen sollen.

Damit soll für den Bereich Inneres einerseits inhaltlich die systematische Umsetzung der Solana-Strategie vorbereitet und in die Überlegungen um ein künftiges "Tampere 2" einfließen.

Operationen soll der JI-Rat durch regelmäßige aktuelle Lagebilder (Terrorismus, OK; Grenzen) zu einem zentralen Steuerungsinstrument der Europäischen Inneren Sicherheitspolitik ausgebaut werden und auf die wirklichen, aktuellen und bürgernahen Bedrohungen unmittelbar reagieren können.

Terrorismus:

- Die im Solana-Papier skizzierten Herausforderungen und Bedrohungen erfordern eine gesamteuropäische Vernetzung, Auswertung und Analyse nachrichtendienstlicher und sonstiger Erkenntnisse.
- Die Erfahrungen während der Irak-Krise und der zuletzt erfolgten EU-weiten Briefbombenserie erscheint eine Informationsvernetzung sowie ein akkordiertes Vorgehen mehr denn je als notwendig.
- Diese Vernetzung würde die Voraussetzung für die Entwicklung einer gesamteuropäischen Strategie insbesondere in Schlüsselbereichen der EU-Sicherheit wie in der Terrorbekämpfung und Proliferation schaffen.
- Ein solches Forum einer nachrichtendienstlichen Informationsbeschaffung und aufbereitung existiert derzeit nicht; bis dato besteht eine solche Vernetzung rudimentär im militärischen Bereich der ESVP.
- Daher wäre die Schaffung einer EUROPEAN INTELLIGENCE AGENCY (EIA) als europäischer Nachrichtendienst ohne polizeiliche Befugnisse unter Einbindung aller EU-Mitgliedstaaten notwendig.
- Die Europäischen Intelligence Agency soll in Form eines Analyse- und Lagezentrums mit Schwerpunkten in den Bereichen Terrorismus und Proliferation arbeiten.
- Potentielle Bedrohungen für einen gemeinsamen Raum der (EU)-Sicherheit sollen bereits im Vorfeld erkannt und beurteilt werden, um eine effektive Prävention zu gewährleisten.
- Zu den Hauptaufgaben zählen die Erstellung von Lagebeurteilungen, die von Relevanz für die europäische Sicherheit, die institutionalisierte Sicherheit der EU, den europäischen Rüstungssektor (u.a. Europäische Rüstungsagentur) und die Wirtschaft sind und als wesentliche Grundlage zum Setzen von gemeinsamen und akkordierten Maßnahmen dienen.

- Gefährdungseinschätzungen für die Institutionen und ihre Exponenten sollen erstellt werden; diese wären dann für die konkreten Personen- und Objektschutzmaßnahmen heranzuziehen. Als aktuelles Beispiel ist hier die EU-weite unkoordinierte Vorgangsweise im Zuge der italienischen Briefbomben-Causa zu nennen.
- Die Erstellung und Analyse von Lagebilder durch die European Intelligence Agency soll ebenfalls als Entscheidungsgrundlage für Einsätze einer europäischen Polizeitruppe für Missionen außerhalb des EU-Raumes dienen.
- Der Ausbau dieser Agency soll stufenweise erfolgen und durch die Schaffung einer europäischen Analysekapazität für Schlüsselbereiche europäischer Sicherheit initiiert werden.
- Der Mehrwert der EIA im Vergleich zu EUROPOL bzw. SIT-CEN (SOLANA Situation Center) ist, dass die für Lagebilder zu verarbeitende Information von der Agency selbst aufgebracht wird und durch zusätzliche Informationen der nationalen Sicherheits- und Nachrichtendienste aufgewertet werden kann.
- Die inhaltliche als auch technische Vernetzung der Informationen könnte als "Best Practice" aus bereits bestehenden nachrichtendienstlichen und polizeilichen Foren erfolgen.

Auf dieser Grundlage habe ich den österreichischen Vorschlag beim Rat als mittel- bis langfristiges Projekt erläutert und konkrete Schritte für eine verbesserte Informationsvernetzung gefordert, wie sie mittlerweile von der Europäischen Union beschlossen wurden.

Zu Frage 4

Wie bei allen JI-Räten, gab es auch diesmal im Vorfeld einen ausführlichen interministeriellen Koordinationsprozess.

Zu Frage 5

In diesem Zusammenhang verweise ich auf Punkt 3.

Zu den Fragen 6 und 7.

Bei diesem Vorschlag handelt es sich nicht um eine konkrete Ausgestaltung, sondern um einen Denkanstoss zur Schaffung einer EIA. Selbstverständlich wird bei einer weiteren Konkretisierung ein umfassender Rechtsschutz berücksichtigt werden.

Zu den Fragen 8 und 9

Generalsekretär Solana wurde am Europäischen Rat vom 25.-26.03.2004 aufgefordert bis Ende Juni 2004 Vorschläge bzgl. der Eingliederung einer nachrichtendienstlichen Kapazität - inklusive Vernetzung, Auswertung und Analyse - für alle Aspekte der terroristischen Bedrohung im Ratssekretariat der Europäischen Union vorzulegen. Entsprechend der Ergebnisse könnte es zu einer Verstärkung der Zusammenarbeit im polizeilichen und nachrichtendienstlichen Bereich kommen.

Zu Frage 10

Beim dem aufgrund der Anschläge vom 11.3.2004 einberufenen Sonderrat der Justiz- und Innenminister am 19.3.2004 wurden konkrete Maßnahmen zu einer verbesserten Vernetzung im nachrichtendienstlichen Bereich erörtert, genau so, wie es mit der österreichischen Initiative beabsichtigt war. Der Europäische Rat vom 25.-26.03.2004 hat infolge dessen die Schaffung eines Terrorismus-Koordinators beschlossen sowie Generalsekretär Solana gebeten, bis Juni 2004 Vorschläge bzgl. der Eingliederung einer nachrichtendienstlichen Kapazität für alle Aspekte der terroristischen Bedrohung im Ratssekretariat der Europäischen Union vorzulegen. Österreich wird sich aktiv an der Umsetzung dieser Maßnahmen beteiligen, die voll den Intentionen des österreichischen Vorschlags vom Februar 2004 entsprechen. Die Richtigkeit der österreichischen Initiative wurde durch die furchtbaren Anschläge in Madrid vom 11. März 2004 in tragischer Weise bestätigt.